

## V-3

Antragsteller\*innen: Terry Reintke u.a.

Gegenstand: TOP 12: Verschiedenes

### **Marginalisierte Gruppen stärken. NRW setzt sich ein für eine faire Mittelvergabe auf allen Ebenen**

1 Wir GRÜNE stehen an der Seite derer, die unter Ausgrenzung und Hetze leiden – wir  
2 streiten für eine offene und inklusive Gesellschaft und machen uns stark gegen Rassismus,  
3 Antisemitismus, Antiziganismus und andere Formen jeglicher Menschenfeindlichkeit. Im  
4 Zuge der aktuellen weltweiten Krisenentwicklungen und Kriegen auf der einen und der  
5 anhaltenden Diskriminierung und Verfolgung ethnischer Gruppen auch in Teilen Europas  
6 auf der anderen Seite, ist auch in Deutschland eine Zunahme von Ressentiments, Rassis-  
7 mus und Ausgrenzung zu verzeichnen. Wir verurteilen diese menschenverachtenden Akte  
8 auf Schärfste. Wer gegen gesellschaftliche Minderheiten hetzt, hetzt gegen unsere offene  
9 und demokratische Gesellschaft im Ganzen. Dem stellen wir GRÜNE uns entschieden  
10 entgegen.

11 Das Grundrecht auf Zuwanderung steht unter besonderem Schutz. Freizügigkeit ist für  
12 jede und jeden ein unverzichtbarer Bestandteil persönlicher Freiheit und gleichzeitig von  
13 großem Wert für unsere Gesellschaft. Deshalb kämpfen wir GRÜNE für eine echte Will-  
14 kommenskultur und für die gesellschaftliche Teilhabe Aller. Aus unserer Alltagsarbeit in  
15 den Städten und Gemeinden wissen wir aber auch: Die Gewährleistung dieses Grund-  
16 rechts bedeutet vor dem Hintergrund der sozialen und ökonomischen Problemlagen vor  
17 Ort Herausforderungen für die Kommunen. Die Integration der EU-Bürger\*innen und ih-  
18 rer Familien erfordert finanzielle und auch personelle Ressourcen, über die insbesondere  
19 Kommunen mit großen Haushaltsdefiziten nicht verfügen. Deshalb fordern sie seit langem  
20 finanzielle Unterstützung, auch von der Europäischen Union.

21 Wir begrüßen, dass die EU in der neuen Förderperiode 2014-2020 ein Drittel ihres Haus-  
22 halts, ungefähr 350 Milliarden Euro, für diese Zwecke einsetzen wird. Es ist ein wichtiger  
23 Schritt in die richtige Richtung, dass seit 2014 auch so genannte "marginalisierte Grup-  
24 pen" im Fokus europäischer Förderpolitik stehen. Minderheitengruppen in großer Armut  
25 und Chancenlosigkeit, wie beispielsweise Roma, sollen aktiv in die langfristige Planung der  
26 Antragsteller für Mittel aus den EU-Fonds aktiv einbezogen werden. Das umfasst die Be-  
27 schlüsse der Partnerschaftsverträge mit der EU, Planungen der operationellen Programme  
28 und die Umsetzung der Programme.

29 Die rot-grüne Landesregierung hat den Handlungsbedarf in Bezug auf die Integration von  
30 Zuwanderinnen und Zuwandern erkannt und bereits erfolgreiche Maßnahmen eingeleitet.  
31 Wir GRÜNE haben uns dafür stark gemacht, Zuwanderung aktiv zu gestalten. Das 2012  
32 verabschiedete Integrations- und Teilhabegesetz sieht unter anderem die Einrichtung kom-  
33 munaler Integrationszentren vor, die ihrerseits kommunale Strukturen zur interkulturellen  
34 Öffnung befähigen und Menschen mit Migrationshintergrund die Teilhabe am öffentlichen  
35 Leben ermöglichen sollen. Mit der Änderung der Gemeindeordnung wurde 2013 zudem  
36 die Stellung der Integrationsräte in den Kommunen gestärkt.

37 Mit Blick auf die Herausforderungen infolge der europäischen Binnenwanderung erarbei-  
38 tete eine Interministerielle Arbeitsgruppe "Zuwanderung von EU-BürgerInnen aus Rumä-  
39 nien und Bulgarien" ein Programm zur Unterstützung von Kommunen. Auch wenn damit  
40 dringende Problemlagen zunächst gemildert werden konnten, gilt es diesen Weg weiter  
41 zu gehen: Gemeinsam mit den Verwaltungen, Sozialverbänden und Vertreterinnen und  
42 Vertretern betroffener Gruppen wollen wir weitere Initiativen entwickeln und voranbrin-  
43 gen.

## 44 **Europa wird aktiv**

45 Die gemeinsame Europäische Regionalpolitik ist ein starkes Instrument, um Ungleichheit  
46 zwischen, aber auch in den Regionen zu bekämpfen. Vor allem marginalisierte Gruppen  
47 profitieren aber häufig nicht oder nur sehr wenig von diesen Möglichkeiten. Das wollen wir  
48 ändern. Mittel aus der Europäischen Strukturpolitik müssen bei den Menschen ankom-  
49 men, die Hilfe und Unterstützung am dringendsten benötigen. Die Gleichwertigkeit der  
50 Lebensverhältnisse und die gleichen Chancen aller Menschen, soziale Absicherung sowie  
51 soziale und kulturelle Teilhabe zu genießen, sind ein hohes Gut.

52 Strukturpolitik umfasst in etwa ein Drittel des EU-Haushalts und ist damit das Hauptin-  
53 vestitionsinstrument der EU. Insbesondere dort, wo auf Grund der klammen Haushaltslage  
54 die Kommunen zunehmend in Bedrängnis kommen, ihre Aufgaben nicht weiter qualitativ  
55 hochwertig erfüllen zu können, kann der gezielte Einsatz der EU-Fördermittel helfen, dies  
56 zumindest teilweise zu kompensieren. Wir GRÜNE setzen uns schon lange dafür ein, bei  
57 der Mittelvergabe soziale und ökologische Kriterien nach vorne zu stellen. So kann die  
58 nachhaltige Entwicklung vor Ort gestärkt werden. Wir wollen daher dafür sorgen, dass  
59 schon bei der Antragstellung die Gruppen eingebunden werden, die am stärksten unter  
60 den Ungleichheiten leiden.

61 In der vergangenen Förderperiode waren marginalisierte Gruppen (wie beispielsweise Ro-  
62 ma) nur über kurzfristige ad-hoc-Entscheidungen in der Förderung durch die Fonds einge-  
63 bunden. Der neue Ansatz in der Förderperiode 2014-2020 enthält die klare Aufforderung  
64 an alle Verantwortlichen marginalisierte Gruppen in die langfristige Planung einzubezie-  
65 hen, statt ohne sie und nach nur kurzfristigen ad-hoc-Lösungen zu suchen. Wir GRÜNE  
66 arbeiten daran, im Rahmen eines Initiativberichtes des Europäischen Parlaments Vor-  
67 schläge zu entwickeln, wie die Einbindung marginalisierter Gruppen in die Fördermittel-  
68 vergabe verbindlich geregelt werden kann. Der Initiativbericht wird deshalb die Ergebnisse  
69 dieser neuen Aufgaben analysieren. Dabei sollen vor allem die Auswirkungen der neuen  
70 Regeln auf die Verhandlungen zu den Partnerschaftsverträgen und den operationellen

71 Programmen im Mittelpunkt stehen. Ungenutzte Potenziale sollen benannt werden und  
72 zu Handlungsaufforderungen an die Kommission führen.

73 Wir GRÜNE in NRW begrüßen diese Initiative und setzen uns dafür ein, dass Nordrhein-  
74 Westfalen eine starke Vorreiterrolle bei der Umsetzung dieser Vorschläge einnimmt.

## 75 **GRÜNE stärken die Teilhabe Aller**

76 Die Strukturpolitik der EU alleine kann die Diskriminierung und Ausgrenzung von Grup-  
77 pen wie Sinti und Roma nicht überwinden. Wir GRÜNE kämpfen gegen Antiziganismus  
78 in der Gesellschaft, sei es im Alltag, in staatlichen Institutionen oder in der politischen  
79 Arena. Populistischen Parolen, die die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Frage stellen und  
80 Ressentiments gegen Rumän\*innen und Bulgar\*innen schüren, stellen wir uns entschie-  
81 den entgegen.

82 Wir streiten für Menschenrechte und Inklusion. In Ländern, die von der Krise besonders  
83 betroffen sind, sind es gerade die Angehörigen ausgegrenzter Minderheiten, die besonders  
84 leiden. Diese Ausgrenzung zeigt sich beim Zugang zu Arbeit und Bildung, aber auch bei  
85 der Suche nach Wohnraum oder Zugang zur Gesundheitsversorgung. Wir GRÜNE stehen  
86 für einen integrierten Ansatz zur Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung.

87 Wir nehmen die historische Verantwortung vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte  
88 ernst, Diskriminierung von Sinti und Roma überall dort zu bekämpfen, wo sie auftaucht.  
89 Deshalb wollen wir dem guten Beispiel anderer Bundesländer wie Baden-Württemberg  
90 und Schleswig-Holstein folgen und streben einen Staatsvertrag mit den deutschen Sinti  
91 und Roma in NRW an.

92 Wir setzen uns für einen garantierten Zugang zu Bildung für Alle ein. Es darf weder  
93 Segregation noch Diskriminierung an Schulen geben. Deshalb brauchen wir eine geziel-  
94 te Unterstützung, die ein besonderes Augenmerk auf die Sprachförderung der Kinder  
95 legt. Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sehen wir Handlungsbedarf. Wir wollen  
96 sicherstellen, dass marginalisierte Gruppen besser als bisher in Qualifizierungsprogramme  
97 eingebunden werden.

98 Gerade marginalisierte Gruppen wie Roma haben häufig einen schlechteren Zugang zum  
99 Gesundheitssystem. Es ist beschämend, dass die Bundesregierung hier keinen Handlungs-  
100 bedarf sieht. Wir sehen die Gesundheitsversorgung von Zugewanderten als wichtigen Inte-  
101 grationsaspekt. Es braucht niedrigschwellige Beratungsangebote zur Klärung von sozial-  
102 und krankensicherungsrechtlichen Statusfragen im Europäischen Sozialfonds, beispiels-  
103 weise über "Gesundheitslotsen" und eine bessere Regelung für die Erstattung der Krank-  
104 heitskosten. Kinder müssen endlich Zugang zum regulären Vorsorgesystem erhalten.

105 Die aktuellen Entwicklungen machen ein schnelles und beherrztes Vorgehen nötig.

106 Deshalb

- 107 • arbeiten wir im Europäischen Parlament an verbindlichen Rahmen zur Einbindung  
108 von marginalisierten Gruppen in Entscheidungsprozesse

- 109 • unterstützen wir einen integrierten Ansatz, in dem die unterschiedlichen Herausfor-  
110 derungen wie Wohnen, Gesundheit, Bildung und Arbeitsmarkt ganzheitlich ange-  
111 gangen werden
- 112 • fordern wir, dass die Europäische Kommission auch und gerade in Ländern mit  
113 einer großen Roma-Minderheit darauf pocht, dass Fördermittel gerecht und effizient  
114 verteilt werden und die Verwendung überprüft wird
- 115 • fördern wir Initiativen zur Stärkung der NGOs (Capacity Building) für NGOs und  
116 zur Steigerung des Problembewusstseins in den Verwaltungen
- 117 • sorgen wir im Landtag und in der Landesregierung dafür, marginalisierte Gruppen  
118 in die Erarbeitung und Umsetzung von Förderprogrammen verbindlich einzube-  
119 ziehen und sie aktiv z.B. bei der Gründung von Migrantenselbstorganisationen zu  
120 unterstützen.
- 121 • arbeiten wir daran, die Verwaltungen für Antiziganismus zu sensibilisieren und Ak-  
122 tionspläne zur Bekämpfung dieser Diskriminierungsform anzustoßen
- 123 • setzen wir uns dafür ein, dass das Thema Antiziganismus in den Schulen behandelt  
124 wird und NRW dabei eine Vorreiterrolle einnimmt

## Begründung

Ergibt sich aus dem Text.

## Antragsteller\*innen

Terry Reintke (KV Gelsenkirchen)

Stefan Engstfeld (KV Düsseldorf)

Jutta Velte (KV Remscheid)

Felix Banaszak (KV Duisburg)

Michael Kersken (KV Wesel)

Andrea Woerle (KV Duisburg)

Pegah Edalatian (KV Düsseldorf)

Patrick Jedamzik (KV Gelsenkirchen)

Lisa-Marie Friede (KV Köln)

Sebastian Klick (KV Aachen)

Felix Lütke (KV Wesel)

Ditte Gurack (KV Bochum)

Sophia Reintke (KV Köln)

David Schichel (KV Remscheid)

Raoul Rossbach (KV Herne)